

Hauptsatzung der Stadt Bretten

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) in der derzeit gültigen Fassung hat der Gemeinderat der Stadt Bretten am 26. Juli 2011 mit der Mehrheit der Stimmen aller Mitglieder folgende Hauptsatzung beschlossen:

I. Verfassung und Organe

§ 1 Verfassungsform

1. Verwaltungsorgane der Stadt Bretten sind der Gemeinderat und der Oberbürgermeister.
2. In der Stadt Bretten sind in den Stadtteilen Bauerbach, Büchig, Diedelsheim, Dürrenbüchig, Gölshausen, Neibsheim, Rinklingen, Ruit und Sprantal je eine Ortschaft mit einem Ortschaftsrat, einem Ortsvorsteher und einer örtlichen Verwaltung nach den §§ 67 ff. der GemO eingerichtet. Die Abgrenzungen der genannten Ortschaften bilden die Gemarkungsgrenzen der früher selbständigen Gemeinden gleichen Namens. Die Ortschaften führen die für die jeweiligen Stadtteile bestimmten Namen.
3. In den genannten Stadtteilen (Abs. 2) werden Verwaltungsaufgaben auch vom Ortschaftsrat und vom Ortsvorsteher wahrgenommen.

II. Gemeinderat

§ 2 Zusammensetzung

Der Gemeinderat besteht aus dem Oberbürgermeister als Vorsitzendem und den ehrenamtlichen Mitgliedern (Stadträtinnen/Stadträte).

§ 3 Rechtsstellung, Aufgaben und Zuständigkeiten

Der Gemeinderat ist die Vertretung der Bürger und das Hauptorgan der Stadt. Er legt die Grundsätze für die Verwaltung der Stadt fest und entscheidet über alle Angelegenheiten der Stadt, soweit nicht der Gemeinderat den Ausschüssen, den Ortschaftsräten oder dem Oberbürgermeister bestimmte Angelegenheiten übertragen hat oder der Oberbürgermeister kraft Gesetzes zuständig ist.

§ 4 Ältestenrat

Der Gemeinderat bildet auf Grund von § 33 a GemO einen Ältestenrat. Dieser berät den Oberbürgermeister in Fragen der Tagesordnung und des Gangs der Verhandlungen des Gemeinderates. Vorsitzender des Ältestenrates ist der Oberbürgermeister. Das Nähere über die Zusammensetzung, den Geschäftsgang und die Aufgaben des Ältestenrates regelt die Geschäftsordnung des Gemeinderates.

III. Oberbürgermeister

§ 5 Zuständigkeiten

1. Der Oberbürgermeister leitet die Stadtverwaltung und vertritt die Stadt nach außen. Er ist für die sachgemäße Erledigung der Aufgaben und den ordnungsgemäßen Gang der Verwaltung verantwortlich und regelt die innere Organisation der Stadtverwaltung. Der Oberbürgermeister erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die ihm sonst durch Gesetz oder vom Gemeinderat übertragenen Aufgaben. Weisungsaufgaben erledigt der Oberbürgermeister in eigener Zuständigkeit, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.
2. Dem Oberbürgermeister werden folgende Aufgaben zur dauernden Erledigung übertragen, soweit es sich nicht bereits um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt:
 - 2.1 Bewirtschaftung von Mitteln des Haushaltsplans einschließlich Vergabe von Aufträgen für Leistungen und Lieferungen und Bewirtschaftung von Verpflichtungsermächtigungen bis zum Betrag von 75.000 EUR im Einzelfall.
 - 2.2 Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Ergebnis- und Finanzhaushalts, sowie die Verwendung von Mitteln der Deckungsreserve bis zu 20.000 EUR im Einzelfall.
 - 2.3 Bewilligung von Freiwilligenleistungen (soweit im Haushaltsplan nicht besonders ausgewiesen) bis zu 2.500 EUR im Einzelfall.
 - 2.4 Verzicht auf Ansprüche der Stadt, Niederschlagung und Erlass von Forderungen bis zu 7.500 EUR im Einzelfall.
 - 2.5 Stundung von Forderungen im Einzelfall
 - 2.5.1 bis zu 12 Monaten in unbeschränkter Höhe
 - 2.5.2 bis zu drei Jahren Dauer und bis zu einem Höchstbetrag von 25.000 EUR.
 - 2.6 Durchführung von Rechtsstreiten und Abschluss von Vergleichen, sofern der Streitwert oder bei Vergleichen der Wert des Nachgebens im Einzelfall nicht mehr als 15.000 EUR beträgt.
 - 2.7 Erwerb, Veräußerung, Tausch und dingliche Belastung von Grundeigentum oder grundstücksgleichen Rechten einschließlich der Ausübung von Vorkaufsrechten im Wert bis zu 75.000 EUR im Einzelfall.
 - 2.8 Veräußerung von beweglichem Vermögen bis zu 25.000 EUR im Einzelfall.
 - 2.9 Verträge über die Nutzung von Grundstücken oder beweglichem Vermögen bei einem monatlichen Miet- oder Pachtwert bis zu 2.500 EUR im Einzelfall.
 - 2.10 Genehmigung zur Überschreitung oder Erweiterung von Aufträgen, die auf Beschlüsse des Gemeinderates oder seiner Ausschüsse zurückzuführen sind, wenn die Überschreitung der Vergabesumme oder die Erweiterung des Auftrags im Einzelfall nicht mehr als 15 % der Auftragssumme, jedoch nicht mehr als 15.000 EUR im Einzelfall beträgt.
 - 2.11 Ernennung, Anstellung und Entlassung sowie sonstige personalrechtliche Entscheidungen von Beamten der Besoldungsgruppen A 1 bis A 10. Einstellung, Eingruppierung und Entlassung von Beschäftigten der Entgeltgruppe 1 bis 9 TVöD-V, sowie der Entgeltgruppe S 1 bis S 11 der Beschäftigten des Erziehungsdienstes, Beamtenanwärter, Auszubildenden, Praktikanten u.a. in Ausbildung stehenden Personen. Ferner die Gewährung von unverzinslichen Lohn- und Gehaltsvorschüssen sowie Unterstützung im Rahmen der Landesrichtlinien.
 - 2.12 Abschluss von Werkverträgen, denen persönliche Leistungen zugrunde liegen (Architektenverträge, Gutachten und dergleichen) mit einer Gegenleistung der Stadt bis zu 25.000 EUR im Einzelfall.
 - 2.13 Entscheidung über die Ausführung eines Bauvorhabens (Baubeschluss und die Genehmigung der Bauunterlagen sowie die Anerkennung der Schlussabrechnung (Abrechnungsbeschluss) bei Gesamtbaukosten von höchstens 75.000 EUR im Einzelfall.
 - 2.14 Betragsmäßig unbegrenzter Verkauf von Holz und anderen Walderzeugnissen aus städtischen Wäldern.
 - 2.15 Aufnahme von Darlehen, Abschluss derivativer Finanzgeschäfte (Forward-Swaps, Zins-Swaps, Währungs-Swaps und Caps), Inanspruchnahme und Einsatz äußerer und innerer Kassenkredite jeweils bis zu den in der Haushaltssatzung festgelegten Höchstbeträgen. Die Umschuldung von Darlehen in unbegrenzter Höhe.
 - 2.16 Bestellung von Bürgern zu ehrenamtlicher Tätigkeit bei Wahlen, Abstimmungen und Zählungen aller Art.
 - 2.17 Berufung sachkundiger Einwohner und Sachverständigen zu Beratungen einzelner Angelegenheiten im Gemeinderat und in den Ausschüssen.
 - 2.18 Erteilung von Genehmigungen und Zwischenbescheiden für Vorhaben und Rechtsvorgänge gem. §§ 144 ff. Baugesetzbuch (BauGB), soweit die Entscheidungen nicht von grundsätzlicher oder städtebaulicher Bedeutung oder von allgemeinem Interesse sind.
 - 2.19 Entscheidung über die Nichtausübung von Vorkaufsrechten und über die Erteilung von Zeugnissen gem. § 28 Abs. 1 BauGB.
 - 2.20 Erteilung des Einvernehmens zu Bauvorhaben. Im unbeplanten Innenbereich findet bei Projekten mit mehr als 400 qm Bruttogeschossfläche vorher grundsätzlich eine öffentliche Beratung im Gemeinderat oder Ausschuss statt.

Ausgefertigt: Bretten, den 26. Juli 2011
Wolff, Oberbürgermeister

IV.

§ 6 Stellvertretung des Oberbürgermeisters

Zur Stellvertretung des Oberbürgermeisters werden bestellt:

1. ein hauptamtlicher Erster Beigeordneter (§ 49 GemO), der die Amtsbezeichnung „Bürgermeister“ führt. Der Erste Beigeordnete ist der ständige allgemeine Stellvertreter des Oberbürgermeisters.
2. zwei ehrenamtliche Stellvertreter (§ 48 GemO).

V. Ortschaftsverfassung

§ 7 Einrichtung von Ortschaften

Für die Stadtteile Bauerbach, Büchig, Diedelsheim, Dürrenbüchig, Gölshausen, Neibsheim, Rinklingen, Ruit und Sprantal gilt jeweils die Ortschaftsverfassung gem. §§ 67 ff. GemO. Die Ortschaften führen die für die jeweiligen Stadtteile bestimmten Namen.

§ 8 Bildung von Ortschaftsräten und ihre Zusammensetzung

1. In den nach § 7 eingerichteten Ortschaften wird jeweils ein Ortschaftsrat gebildet.
2. Die Mitglieder des Ortschaftsrates (Ortschaftsräte) werden von den in der Ortschaft wohnenden Bürgern nach den für die Wahl des Gemeinderates geltenden Vorschriften gleichzeitig mit dem Gemeinderat gewählt.
3. Der Ortschaftsrat besteht

- in der Ortschaft Bauerbach aus	7	Mitgliedern.
- in der Ortschaft Büchig aus	7	Mitgliedern.
- in der Ortschaft Diedelsheim aus	11	Mitgliedern.
- in der Ortschaft Dürrenbüchig aus	7	Mitgliedern.
- in der Ortschaft Gölshausen aus	7	Mitgliedern.
- in der Ortschaft Neibsheim aus	7	Mitgliedern.
- in der Ortschaft Rinklingen aus	7	Mitgliedern.
- in der Ortschaft Ruit aus	7	Mitgliedern.
- in der Ortschaft Sprantal aus	7	Mitgliedern.

§ 9 Zuständigkeit des Ortschaftsrates

1. Der Ortschaftsrat berät die örtliche Verwaltung. Er ist zu wichtigen Angelegenheiten, die die Ortschaft betreffen, zu hören und hat ein Vorschlagsrecht in allen Angelegenheiten, die die Ortschaft betreffen.
2. Wichtige Angelegenheiten im Sinne von Abs. 1 sind insbesondere
 - 2.1 die Veranschlagung der Haushaltsmittel für alle Angelegenheiten der Ortschaft.
 - 2.2 die Bestimmung und wesentliche Änderung der Zuständigkeiten sowie die Aufhebung der örtlichen Verwaltung in der Ortschaft.
 - 2.3 die Ernennung, Einstellung und Entlassung der hauptsächlich in der örtlichen Verwaltung eingesetzten Gemeindebediensteten.
 - 2.4 die Aufstellung, wesentliche Änderung und Aufhebung von Bauleitplänen und die Verkehrsplanung.
 - 2.5 die Durchführung von Bodenordnungsmaßnahmen und Maßnahmen nach dem Städtebauförderungsgesetz und dem Entwicklungsprogramm ländlicher Raum.
 - 2.6 die Errichtung, wesentliche Erweiterung und Aufhebung von öffentlichen Einrichtungen, Gemeindestraßen und Wirtschaftswegen.
 - 2.7 Jagdverpachtung und Verpachtung der Fischerei- und Weiderechte.
 - 2.8 der Erlass, die Aufhebung oder Änderung von Satzungen und Polizeiverordnungen, sofern sie nicht für die Gesamtstadt gelten.
 - 2.9 Änderung der Hauptsatzung, durch die die Ortschaft unmittelbar berührt wird.
 - 2.10 die Festsetzung von Abgaben und Tarifen, sofern sie nicht für die Gesamtstadt gelten.
 - 2.11 Veräußerung und Erwerb von Grundeigentum im Rahmen der Dorfentwicklung, sowie bei der Ansiedlung immissions- und emissionsrelevanter Industriebetriebe.
 - 2.12 Ausgestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs.
 - 2.13 Beeinträchtigungen oder Auswirkungen bei sonstigen Angelegenheiten, z.B. überörtliche Verkehrsplanungen, Emissions- und Immissionsanlagen, durch die die Bewohner der Ortschaft beeinträchtigt werden können.
3. Daneben werden dem Ortschaftsrat folgende Angelegenheiten im Rahmen der im Haushaltsplan zur Verfügung gestellten Mittel zur selbständigen Sachentscheidung übertragen, soweit sie nur die jeweilige Ortschaft betreffen:
 - 3.1 die Pflege des Ortsbildes und des örtlichen Brauchtums.
 - 3.2 die Unterhaltung und Benutzung von Einrichtungen der Kulturpflege, Sport- und Mehrzweckhallen, örtliche Verwaltungsgebäude, Park- und Grünanlagen, Kinderspielflächen, Feldwege und der örtlichen Friedhöfe, sofern deren Bedeutung nicht über die Ortschaft hinausgeht. Die regelmäßige Überprüfung der Verkehrssicherheit dieser Einrichtungen obliegt dem jeweiligen Fachamt der Stadtverwaltung.
 - 3.3 die Benennung von Straßen, Wegen und Plätzen im Einvernehmen mit der Stadtverwaltung.
 - 3.4 die Entscheidung über die Ausführung eines Bauvorhabens (Baubeschluss) und die Genehmigung der Bauunterlagen sowie die Anerkennung der Schlussabrechnung (Abrechnungsbeschluss) bei voraussichtlichen bzw. tatsächlichen Gesamtbaukosten von höchstens 100.000 EUR im Einzelfall.

§ 10 Ortsvorsteher

1. Für die Ortschaften werden Ortsvorsteher bestellt. Der Ortsvorsteher ist Ehrenbeamter auf Zeit.
2. Der Ortsvorsteher vertritt den Oberbürgermeister ständig beim Vollzug der Beschlüsse des Ortschaftsrates und in der Leitung der örtlichen Verwaltung. Der Oberbürgermeister ist ermächtigt, im Rahmen seiner Zuständigkeiten den Ortsvorstehern Befugnisse zu übertragen.
3. Der Ortsvorsteher ist Vorsitzender des Ortschaftsrates.
4. Der Ortsvorsteher ist unmittelbarer Vorgesetzter der Bediensteten der örtlichen Verwaltung.
5. Ist der Ortsvorsteher nicht Mitglied des Gemeinderates, kann er an den Verhandlungen des Gemeinderates sowie der Ausschüsse mit beratender Stimme teilnehmen.

VI. Schlussbestimmungen

§ 11 Inkrafttreten

Diese Hauptsatzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt tritt die bisherige Hauptsatzung vom 02.03.1999 geändert durch Satzung vom 19.06.2001 außer Kraft.

Hinweis nach § 4 Abs. 4 GemO:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der GemO oder aufgrund der GemO erlassenen Verfahrensvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich und unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Stadt Bretten geltend gemacht worden ist. Wer die Jahresfrist ohne tätig zu werden verstreichen lässt, kann eine etwaige Verletzung gleichwohl auch später geltend machen, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind oder der Oberbürgermeister dem Beschluss nach § 43 GemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat oder vor Ablauf der Jahresfrist die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder ein Drücker eine Verfahrensverletzung gerügt hat.

Aus dem Standesamt

Einträge vom 24.7.2011 - 31.7.2011

Geburten:

- | | |
|------------|---|
| 15.07.2011 | Aliyah Alessia Toprak, weiblich
Olesja Toprak geb. Stulovskij und Ekrem Toprak,
Melanchthonstr. 118a, Bretten |
| 25.07.2011 | Lukas Grauer, männlich
Nadja Grauer geb. Paul und Eduard Grauer, Hauser-
talstr. 17, Bretten |
| 27.07.2011 | Monika Ulrike Bischoff geb. Kratzmeier, Schafgraben
14/1, Bretten, 60 Jahre |
| 27.07.2011 | Heinrich Joachim Friedel, Lange Gasse 44, Bretten,
79 Jahre |

Sterbefälle:

Goldene Hochzeit

Das Fest der Goldenen Hochzeit feiern am 05.08.2011 die Eheleute Beatrice und Walter Schuster in der Waldstraße 22 in Bauerbach. Das Amtsblatt gratuliert herzlich!

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 der Städtische Wohnbau GmbH Bretten

Die ordentliche Gesellschafterversammlung hat am 27. Juli 2011 folgenden Beschluss gefasst:

- a) Die Gesellschafterversammlung nimmt vom Lagebericht, vom Ergebnis des Jahresabschlusses 2010 der Städtischen Wohnungsbau GmbH Bretten und vom Bestätigungsvermerk des Verbandes baden-württembergischer Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V., Stuttgart Kenntnis,
- b) der Jahresabschluss 2010 wird in der vorgelegten Form festgestellt,
- c) der Jahresfehlbetrag in Höhe von 207.991,35 Euro wird zusammen mit dem bestehenden Verlustvortrag aus Vorjahren auf neue Rechnung vorgetragen. Der Bilanzverlust beträgt sodann 485.301,68 Euro,
- d) der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat wird Entlastung erteilt. Gleichzeitig wird bekannt gegeben, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht nach § 105 Abs. 1 Nr. 2 GemO in der Zeit vom 04.08.2011 bis einschließlich 12.08.2011 in unserer Geschäftsstelle, Schlachthausgasse 4, Bretten, öffentlich zur Einsichtnahme ausliegt. Bretten, den 27.07.2011
Kurz, Geschäftsführer

Feststellungsbeschluss

Die Verbandsversammlung des Abwasserverbandes „Weißbach- und Oberes Saalbachtal“ hat in der öffentlichen Sitzung am 27.07.2011 folgenden Beschluss gefasst:

Die Jahresrechnung 2010 wird gemäß § 95 Abs. 2 GemO mit folgenden Ergebnissen festgestellt:

1. Verwaltungshaushalt

Einnahmen und Ausgaben	7.881.111,49 €
Übertragung von Haushaltsausgaberesten in das Haushaltsjahr 2011	181.000,00 €
Übertragung von Haushaltseinnahmeresten in das Haushaltsjahr 2011	50.000,00 €
2. Vermögenshaushalt

Einnahmen und Ausgaben	24.523.377,99 €
Übertragung von Haushaltsausgaberesten in das Haushaltsjahr 2011	458.800,00 €
Übertragung von Haushaltseinnahmeresten in das Haushaltsjahr 2011	0,00 €
3. Vermögen
Die Bilanz weist eine Gesamtsumme von 50.565.179,26 € aus.
4. Die Abrechnungen der Zins-, Betriebskosten-, Tilgungs- und Baukostenumlage werden anerkannt und genehmigt, sowie alle nicht genehmigten Mehrausgaben im Rechnungsjahr 2010.
5. Vom Rechenschaftsbericht 2010 wird zustimmend Kenntnis genommen.
6. Der Jahresabschluss 2010 ist der Rechtsaufsichtsbehörde und der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg als prüfbereit anzuzeigen.
Bretten, den 27.07.2011
Für die Verbandsversammlung:
Wolff
Oberbürgermeister
Verbandsvorsitzender

Widerspruchsrecht Wehrerfassung

Der § 15 und 24a Wehrpflichtgesetz wurde ab dem 01. Juli 2011 ausgesetzt. An dessen Stelle trat der § 58 Wehrpflichtgesetz mit der einmaligen Übermittlungspflicht pro Jahr (für 2011 im Oktober). Dabei übermitteln die Meldebehörden zum Zweck der Übersendung von Informationsmaterial nach Abs. 2 Satz 1 dem Bundesamt für Wehrverwaltung jährlich bis zum 31. März folgende Daten zu Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die im nächsten Jahr volljährig werden:

1. Familienname,
 2. Vornamen,
 3. gegenwärtige Anschrift
- Die Datenübermittlung unterbleibt, wenn die Betroffenen ihr nach § 18 Abs. 7 des Melderechtsrahmengesetzes widersprochen haben. Widersprüche gegen eine Datenübermittlung können bis zum 30.09.2011 schriftlich oder zur Niederschrift beim Bürgermeisteramt Bretten, Bürgerservice, Untere Kirchgasse 9, 75015 Bretten oder bei den jeweiligen Verwaltungsstellen eingelegt werden.

Steuertermine – bitte beachten!!!

- 15. August - Grundsteuer - 3. Rate 2011
- 15. August - Gewerbesteuer - 3. Vorauszahlungsrate 2011